

Keine Angst vor Sanierungs- und Abbruchwelle

Hauseigentümerverband Geschäftsführer Andreas Zappalà nimmt zu den Behauptungen des Mieterverbands Stellung

Die Ablehnung der Mieterschutz-Initiative hat weit weniger gravierende Folgen als vom Basler Mieterverband vorausgesagt. Dies behauptet der Hauseigentümerversand Basel-Stadt.

LORIS VERNARELLI

Abbruch- und Sanierungswelle aufgrund der abgelehnten Mieterschutz-Initiative? Nein. Freie Bahn für Spekulanten? Auf gar keinen Fall. Ein in den letzten beiden Jahren von der Baulobby vereinbartes Stillhalteabkommen in Sachen Gebäudeabriss? Inexistent. Die in der gestrigen Ausgabe der bz aufgestellten Behauptungen von Beat Leuthardt, Co-Geschäftsführer des Mieterinnen- und Mieterverbands (MV) Basel, widerlegt der Geschäftsführer des Hauseigentümerversands (HEV) Basel-Stadt, Andreas Zappalà, Punkt für Punkt.

Dass die Zahl der Abbrüche und Sanierungen nach dem Nein der Basler Stimmbürger zur Mieterschutz-Initiative nun sprunghaft ansteigt, glaubt Zappalà nicht: «Der Eigentümer reisst dann ab, wenn er etwas Neues zu realisieren gedenkt, das Vorhaben finanziell realistisch ist und die Vermietbarkeit verbessert wird.» Eine gewonnene oder verlorene Abstimmung werde die Absichten des Hausbesitzers bestimmt nicht beeinflussen.

Widersprüchliches Argument

Zappalà bestreitet ebenfalls, dass die in den letzten Monaten eingereichten oder noch einzureichenden 30 Sammelklagen von Mieterinnen und Mietern ein Indiz für eine anrollende Sanierungswelle seien. Die Pläne

der Investoren entstünden nicht von heute auf morgen, er sehe deshalb keine Verbindung zwischen der Initiative und den Sanierungsvorhaben.

Noch weniger überzeugt den HEV-Geschäftsführer das von Leuthardt vermutete Stillhalteabkommen der Baulobby: «Der zweijährige Abbruchstopp würde dem Argument des Mieterverbands widersprechen, dass die Initiative notwendig war, weil es so viele Abrisse gibt.» Als Mit-

glied der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten könne er garantieren, dass die Institution in den letzten beiden Jahren regelmässig Begehren besprochen habe. «Und wir haben gleich beraten und beurteilt wie vor der Lancierung der Mieterschutz-Initiative», fügt Zappalà an.

Schliesslich ist laut dem Geschäftsführer des Basler Hauseigentümerversands die Gefahr klein, dass das Nein an der Urne Immobilien-Spekulanten auf

den Plan rufen könnte. Die aktuelle Finanzkrise übrigens ebenso wenig. Denn «erstens tangiert die Finanzkrise den Schweizer Liegenschaftsmarkt momentan nur am Rande; und zweitens sind die gesetzlichen Voraussetzungen im Stadtkanton für Spekulanten ungeeignet», weiss Andreas Zappalà. Aufgrund der hohen Grundstückgewinnsteuer seien Immobilien-Spekulationen im Kanton Basel-Stadt nicht zu empfehlen.

Ob ein Ja der Baslerinnen und Basler zur Initiative allfällige Spekulanten entmutigt hätte, glaubt Zappalà ohnehin nicht. Sanierungen und Abbrüche wären auch in jenem Fall möglich gewesen.

Gerne hätte die bz auch die Meinung einiger Basler Immobilienfirmen zum Thema erfahren. Auf Anfrage wollte sich allerdings niemand zur Mieterschutz-Initiative und den Folgen deren Ablehnung äussern.



SAMMELKLAGE Im vergangenen März wurde bekannt, dass die Liegenschaften Riehenring 203–211 abgerissen werden sollen (die bz berichtete). Die Mietparteien wehren sich nun mit einer Sammelklage gegen das Vorhaben der Eigentümerin. NICOLE NARS-ZIMMER

SVP bringt Kandidaten

Ersatzwahl Kampf gegen die CVP

Für die Wahl eines Ersatzrichters am Basler Strafrichteramt voraussichtlich 10. Dezember schickt die SVP einen eigenen Kandidaten ins Rennen. Dies bestätigte gestern SVP-Vizepräsident Sebastian Frehner auf Anfrage. Gewählt wird die Nachfolge des Ersatz-Strafrichters Emil Ehret (CVP), der Ende Jahr zurücktritt. Die CVP hat den auf der Bundesanwaltschaft arbeitenden Alberto Fabbri als Kandidaten nominiert.

Die SVP werde keinen CVP-Kandidaten unterstützen, sagte Frehner. Eigentlich hätte seine Partei bereits bei den letzten Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte fünf Ersatzrichter zugegeben und sei mit deren drei untervertreten gewesen. Damals hätten die bürgerlichen Parteien der SVP versprochen, bei einer Ersatzwahl sie zum Zuge kommen zu lassen. «Nach den jüngsten Parlamentswahlen ist unser Anspruch erst recht berechtigt», urteilt Frehner.

Die Wahl des CVP-Kandidaten Fabbri ist durch die von alt Bundesrat Christoph Blocher eingereichte Strafanzeige gegen Parlamentarier und Vertreter der Bundesanwaltschaft (unter ihnen auch Fabbri) wegen Amtsheimnisverletzung ohnehin problematisch geworden, wie «Online Reports» gestern berichtete. So lange die Untersuchung, mit der der Erste Basler Staatsanwalt Thomas Hug beauftragt worden ist, nicht abgeschlossen sei, «könnte die SVP Fabbri ohnehin nicht unterstützen», sagte Frehner. Die Partei hätte aber in jedem Fall einen eigenen Kandidaten nominiert, betont er. (PAM)

Denkanstoss

Krise der Bürgerlichen als Krise der bürgerlichen Gesellschaft



MARTIN R. SCHÜTZ

DIE TRADITIONELLEN bürgerlichen Parteien hocken auch in Basel zwischen Stühlen und Bänken – «auch», weil es ihnen die schweizerischen Mutterparteien trefflich vormachen. Leicht kraft- und saftlos wirken sie zuweilen, um sich wenig später zu heftig, gar deftig selbstbewusster Rhetorik aufzuschwingen. Keine Geiss vermag es indes wegzuschlecken:

Von der viel beschworenen «bürgerlichen Wende» liegt der Stadtkanton nach den Wahlen so weit entfernt als wie zuvor.

DIE GRÜNDE, WESHALB das so ist, bleiben vielfältig und eigentlich hinlänglich bekannt. Die Stärke des politischen Gegners, von «Rot-Grün» mithin, liesse sich ins Felde führen. Die von Sozialdemokraten und Grünen – pardon: herrschte – Regierung hat die Oberrhein-Metropole in der vergangenen Legislatur weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich-kulturell in den Ruin getrieben, sondern vielmehr deren Stellung mit pragmatischen statt ideologischen Entscheiden gefestigt, wenn nicht gar gestärkt. Diesem Pragmatismus und Ideologieverzicht verdankt es namentlich die Sozialdemokratische Partei, dass sie bei der Bestellung der Exekutive ihre beiden neuen Kandidaten trotz Zweiervakanz gleich im ersten Umgang durchbrachte: zwei moderate, bis weit ins bürgerliche Lager hinein anerkannte Wirtschaftsfachleute. Ihren Pragmatismus beweisen die linken Politikerinnen und Politiker endlich stets dann, wenn sie der Taktik und ihrer Durchsetzungskraft wegen die Reihen klugerweise zu schliessen haben.

DIESE KLUGHEIT, so scheint es, geht den Freisinnigen, den Liberalen und den Christlichdemokraten gründlich ab. Der Karikatur eines alten Ehepaares ähnelnd zanken sie sich und raufen sich zusammen. Doch ob der verblasst wirkenden Liebe, wenn diese denn je zwischen ihnen

entbrannt sein sollte, gleicht das gelegentliche Zusammenspiel einer zerbrechlichen Zweckgemeinschaft. Kein Flämmchen heller strahlt die Leuchtkraft der Bürgerlichen, wenn sie nach Wahlniederlagen herunterleiern, ohne ihren Druck hätte die Regierung die Steuern nie gesenkt oder dass «Rot-Grün» von der guten Wirtschaftslage profitiert habe. Dieser Einwand hat die Stärke der Atemleistung eines akut Lungenkranken im Davoser Höhensanatorium. Denn die Konjunktur wäre bei umgekehrten Machtverhältnissen den Bürgerlichen genauso zugekommen. Und die vom Grossen Rat beschlossene Steuersenkung, gewiss ein tiefes

Die Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft treffen die bürgerlichen Parteien ins Mark.

bürgerliches Herzensanliegen, beweist vornehmlich eines: dass es der durchaus vielfarbigen Regierung gelingt, Mehrheiten im Parlament für ihre Anliegen zu gewinnen.

DER PRAGMATISMUS und die gewieft Taktik der Mehrheit, die auf Sand gebaute Zusammenarbeit im bürgerlichen Block und dessen öffentlich gegenseitig ausgeteilte Seitenhiebe, die namentlich die Medien erquicken, erklären den ausgebliebenen Wechsel freilich noch nicht. Kantonale Wahlen und Abstimmungen folgen zwar immer noch eigenen Gesetzen; doch stärker als in früheren Zeiten segeln die Parteien vor Ort im Windschatten der eidgenössischen Politik. Dieser Schatten nimmt sich zwar für sämtliche Volksparteien, die nicht die Farbe der Hoffnung in ihrem Namen tragen, zurzeit weidlich düster aus. Doch gerade jene Kräfte, die sich auch um die Mitte im politischen Spektrum scharen, haben die vergangenen Jahre kräftig durchgerüttelt. Noch am besten aufgefangen hat sich die CVP, die dank massenmedial wirksamer Sympathieträgerinnen und Sympathieträger, aber auch einem frischen urban links-liberal wirkenden Etikett bei den Natio-

nalratswahlen vom Herbst 2007 ihren Wähleranteil stabilisieren konnte. Kollateralschäden muss sie jedoch in traditionell konservativen Stammlanden zur Kenntnis nehmen. Zu halten vermochten sich die national inzwischen marginalen (Westschweizer) Liberalen. Die Freisinnigen dagegen setzten ihre Talfahrt ungebremst fort (ja, in Basel nicht...).

ACH, DIESER FREISINN – die einst stolze, staatstragende Volkspartei dieses Landes mäandriert seit Jahren zwischen der Haltung strammer Ordnungspolitiker und der Aufgeschlossenheit jener Sozialliberalen, die den Geist der siebziger Jahre von ennet dem Rhein mit der Muttermilch aufgesogen haben. An ihrer Spitze der gescheite Tessiner Anwalt Fulvio Pelli, der mit seiner Intellektualität und Bedächtigkeit so gar nicht in unsere kurzatmige televisionäre Gesellschaft passen will. Schlimmer noch: Nicht selten schwadroniert der Mann und strauchelt über die eigenen Beine. Immerhin dies darf niemand dem Basler Freisinn unterstellen: Ohne Rücksicht auf Verluste haben er, die CVP und die LDP sich bei den kantonalen Wahlen von der SVP abgegrenzt, auf das Verhalten derer Schweizer Mutterpartei blickend. Das mag ehrlich und gut sein, bringt das eigene Profil indessen nicht weiter.

DIE REDE WAR NUN VIEL von FDP, CVP und LDP, nicht aber von der Schweizerischen Volkspartei, die in den vergangenen bald zwei Dekaden und etwas weniger lang in Basel stark an Muskelkraft gewonnen hat, dank einer ganz besonderen Hormonkur. Fröhlich und mit eingängigen Parolen haben die einstigen Bauern und Gewerbler in jenen Bevölkerungsschichten Wählerinnen und Wähler abgeschöpft, die ihre ursprüngliche politische Heimat, links und in der Mitte, verloren haben. Mehr als hilfreich entpuppte sich dabei der Niedergang der rechten Protestparteien aus den neunziger Jahren, wie ein Blick auf die Wählerstatistik offenbart. Vor allem aber hat die SVP den Ratschlag Martin Luthers beherzt und den Leuten aufs Maul geschaut.

DIE KERNTHEMEN DER SVP – Sicherheit, Ausländer- und Aussenpolitik – spiegeln die Krise, in der die bürgerlichen Parteien national und kantonal stecken. Denn deren Krise deckt sich mit der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, die sich mitsamt ihren Werten im 19. Jahrhundert herausgebildet hat. So weicht die wirtschaftliche Globalisierung die weiland übersichtlichen Grenzen des Nationalstaates auf. Die elektronischen Medien lassen die Welt zum globalen Dorf schrumpfen, die Völker wandern und mit ihnen auch soziale, kulturelle oder religiöse Vorstellungen. Nüchtern betrachtet ist diese Entwicklung weder gut noch schlecht, sondern ganz einfach eine Wiederkehr von Bewegungen, die menschliche Gemeinschaften seit jeher auszeichnen. Diese Nüchternheit vermag selbstredend jenen Menschen nicht zu trösten, den ein solcher Wandel zutiefst verunsichert. Zumal ein Blick in die Geschichte auch nicht beruhigt: Ausgereifte Kulturen mit Regeln des kultivierten Umgangs sind immer wieder mal untergegangen. Wer weiss, vielleicht ist die Gewalt auf unseren Pausenhöfen nichts anderes als das schmerzlichste Symptom einer durchgehenden gesellschaftlichen Verrohung: in der Wirtschaft genauso wie in Strassenbahnen.

SOLCHE AUFLÖSUNGSERSCHEINUNGEN der bürgerlichen Gesellschaft treffen die bürgerlichen Parteien ins Mark, in Basel ebenso wie in der Bundesstadt, in Berlin, Paris oder in Rom. Schliesslich geht es um ihre Geschichte, ihre Werte, ihr Selbstverständnis. Es mag schmerzhaft sein, doch darin wurzelt letztlich ihre gegenwärtige Schwäche. Der Griff ins politische «Beauty Case» reicht nicht aus, um eine Wende herbeizuführen. Nicht um Kosmetik geht es, sondern um den Willen zu einer Entscheidung: jener, sich grundsätzlich in Frage zu stellen und offen zu sein für neue Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen oder Sorgen in der Bevölkerung. Dazu haben Basels Bürgerliche nun vier Jahre Zeit. Sie dürfen sich auf diesem Weg versichern, dass Krisen nichts Schlechtes sind. «Krise» heisst zu deutsch nichts anderes als «Entscheidung».